

jedem Fall. Insofern stellt der Band einem wichtigen Baustein der auch weiter notwendigen transdisziplinären Forschungen zu Formen kollektiver Identifizierung in der Moderne dar.

Wolfgang Lutz

Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle, Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999, 274 S.

Das vorliegende Buch von *Wolfgang Merkel* und *Hans-Jürgen Puhle* versucht eine Bestandsaufnahme der Forschungsergebnisse zu den politischen und ökonomischen Transformationen der vergangenen 25 Jahre in Lateinamerika, Süd- und Osteuropa und kann in erster Linie als Einführung in dieses Forschungsgebiet betrachtet werden. Dabei konzentrieren sich die Autoren vor allem auf die Bedingungen erfolgreicher Demokratisierungsprozesse. Diese Thematik wird in fünf Kapiteln behandelt, wovon das erste vor allem die vorliegenden theoretischen Angebote darstellt, die nächsten drei Kapitel jeweils die Bedingungen der Ablösung nichtdemokratischer Herrschaft, der Institutionalisierung und schließlich der Konsolidierung von Demokratien behandeln und das fünfte Kapitel dann einer Fallstudie der politischen Konsolidierungsprozesse in vier ostmittel- bzw. osteuropäischen Ländern gewidmet ist.

In ihrem einleitenden Kapitel geben die Autoren einen – mit gewissen Einschränkungen – zuverlässigen Überblick über die vorhandenen theoretischen Ansätze zur Erklärung von Demokratisierungsprozessen

Vorge stellt werden die Modernisierungstheorie, machttheoretische, kulturalistische und strukturalistische Ansätze sowie schließlich akteur- und elitenzentrierte Perspektiven. Alle theoretischen Ansätze werden knapp zusammengefaßt und in reflektierter Weise kritisch gewürdigt.

Die Autoren entscheiden sich allerdings in ihrer Darstellung nicht für die Auswahl einer dieser theoretischen Positionen, sondern sehen gerade in ihrer Verknüpfung einen analytischen Mehrwert (S. 62). Dabei heben sie in ihrer Perspektive die Bedeutung des Handelns politischer Akteure, vor allem von Eliten, hervor (S. 73, 95, 122). Deren Handlungsmöglichkeiten betrachten sie als durch einen Handlungskorridor ökonomischer, sozialer und politischer Restriktionen beschränkt, so daß die Grenzen und Möglichkeiten von Demokratisierungsprozessen zwar einerseits von diesen strukturellen Restriktionen vorgegeben sind, andererseits aber die politischen Akteure durch ihre jeweiligen Strategien und Handlungen einen Beitrag zum Erfolg oder Mißerfolg von Demokratisierungsprozessen leisten können (S. 11f.). So plausibel diese Berücksichtigung der Strategien und des Handelns gesellschaftlicher und politischer Akteure zur Erklärung politischer Transformationsprozesse auf der einen Seite erscheint, so bleibt auf der anderen Seite unklar, wie die Zusammenhänge zwischen den strukturellen Restriktionen und den Akteuren theoretisch gefüllt werden können. Bei *Merkel* und *Puhle* verbleibt die nötige Erläuterung weitgehend auf einer metaphorischen Ebene.

Schließlich sei zu diesem Kapitel noch erwähnt, daß erstens einige der Perspektiven etwas verkürzt dargestellt werden und daher für den Leser,

der dieses Buch als Einführung liest, schwer verständlich bleiben (strukturalistische Theorien, *rational choice*). Zweitens neigen die Autoren dazu, die makroquantitative Forschung zu ihrem Thema auszublenden. Dies zeigt sich z. B. an der Tatsache, daß einer der wichtigsten Forscher auf diesem Gebiet – Kenneth Bollen – im Literaturverzeichnis überhaupt nicht auftaucht und auch die neuere Diskussion um die Behauptungen Ronald Ingleharts zur Rolle der politischen Kultur in Demokratisierungsprozessen kaum wahrgenommen wird. Die makroquantitative Forschung ist in ihren Ergebnissen gewiß durch die Qualität ihrer Daten beschränkt, nichtsdestoweniger kann sie mehr Resultate vorweisen, als den von den beiden Autoren immer wieder zitierten Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und Demokratisierungschancen.

Auch hinsichtlich anderer Fragen liegen Studien vor, so z.B. zur Rolle sozioökonomischer Ungleichheit, kultureller Traditionen sowie ökonomischer und politischer Abhängigkeitsbeziehungen in Demokratisierungsprozessen. Eine Berücksichtigung dieser Ergebnisse hätte in vielen Fällen die Argumente der Autoren stützen können.

In den folgenden drei Kapiteln fassen die Autoren die empirischen Ergebnisse der Transformationsforschung zur Ablösung nichtdemokratischer sowie zur Institutionalisierung und Konsolidierung demokratischer politischer Ordnungen zusammen. Schwerpunkt ihrer Darstellung sind dabei vor allem die Entwicklungen in Südeuropa, in etwas geringerem Umfang auch in Lateinamerika.

Dem Leser werden hier sehr differenziert die Bedingungen erfolgreicher Transformationsprozesse präsen-

tiert. Allerdings erweist sich die im vorhergehenden Kapitel versäumte theoretische Fokussierung hier als ein Problem. Dem Leser werden zahlreiche Faktoren erläutert, die für die betrachteten Prozesse relevant sind, deren theoretischer Zusammenhang aber unklar bleibt. So werden z.B. in einem Schaubild zur Konsolidierung demokratischer Ordnungen zehn relevante Faktoren und sieben institutionelle Vorbedingungen demokratischer Konsolidierung benannt, die dann in den empirischen Beispielen nach Belieben für die jeweilige Situation in einem Land als relevant herangezogen werden.

Damit bleibt letztlich von der theoretischen Formulierung lediglich ein Werkzeugkasten möglicherweise relevanter Faktoren übrig, die für jeden einzelnen Fall nach Bedarf verwendet werden. Trotz der insgesamt gelungenen Darstellung der Forschungsergebnisse in diesen drei Kapiteln läßt die theoretische Herangehensweise der Autoren im Hinblick auf ein systematisches theoretisches Konzept für die Transformationsforschung im speziellen oder die politische Soziologie im allgemeinen daher noch Wünsche offen.

Im letzten Kapitel zeigt sich dann wiederum die Stärke der Autoren bei der Darstellung demokratischer Konsolidierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa. Dabei werden die politischen Institutionen, das System der Interessenvermittlung und die Chancen für eine demokratische Bürgergesellschaft in Ungarn, Polen, Rußland und Weißrußland im Vergleich dargestellt. Dieses Kapitel gibt dem Leser einen knappen, aber sehr informativen Überblick über die jüngste Entwicklung dieser vier Länder und rundet damit das bei der Darstellung empirischer Forschungs-

resultate positive Bild dieses Buches ab.

Zusammenfassend ist der Band als Einführung in dieses Forschungsgebiet durchaus zu empfehlen. Der Leser erhält einen informativen Überblick über die Bedingungen erfolgreicher Transformationsprozesse in Lateinamerika, Süd- und Osteuropa. Dagegen zeigen sich bei der Darstellung der theoretischen Ansätze gewisse Beschränkungen, die allerdings für eine Einführung nicht zu gravierend zu Buche schlagen.

Jörg Rössel

Jürgen Kloosterhuis, „Friedliche Imperialisten“. Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik 1906–1918 (=Europäische Hochschulschriften III/ 588), Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 1994, 2 Bde., 919 S.

Die 1981 abgeschlossene Freiburger Dissertation wurde vom Verfasser, inzwischen Dezernent im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster, für den Druck leicht überarbeitet und um die neuere Literatur¹ bis zum Stand 1992 ergänzt. An der Bedeutung der grundlegenden Thesen hat sich zwischen der Verteidigung der Arbeit und ihrer Publikation nichts geändert. Ausgangspunkt ist für *Kloosterhuis* die kontroverse Beurteilung der seinerzeit großes Aufsehen erregenden Veröffentlichung des Antwortschreibens von Reichskanzler Bethmann-Hollweg an Karl Lamprecht in der *Vossischen Zeitung* 1913. Die genehmigte Indiskretion bezog sich auf Notwendigkeit und Möglichkeit einer auswärtigen Kulturpolitik als eines „Imperialismus der Ideen“, wie Bethmann-Hollweg in Anlehnung an den Franzosen Edmond Rostand

formulierte. Der Kanzler befürwortete durchaus die Umstellung von militärischer Expansion auf eine aktive Kulturpolitik als Instrument der Ausdehnung des eigenen Einflusses im Konzert der Weltmächte, beurteilte allerdings die Durchsetzbarkeit einer solchen Strategie eher skeptisch und meinte, um „unser Volk zu der neuen Aufgabe“ zu wecken, könne „die Regierung aber nichts tun ohne die stete Unterstützung und Mitarbeit der gebildeten Schichte.“ Im Kontext der Diskussion um die Kriegsschuldfrage nach den Versailler Verträgen 1918, aber ebenso im Zusammenhang der Fischer-Kontroverse in der deutschen Geschichtswissenschaft Anfang der sechziger Jahre und unter dem Eindruck der Sonderwegs-These in den nachfolgenden Jahrzehnten ist aus dieser durchklingenden Skepsis zu meist darauf geschlußfolgert worden, daß die deutsche Regierung im Unterschied zu denjenigen Frankreichs und Englands wenig Neigung zu dieser moderneren Form der imperialistischen Auseinandersetzungen gezeigt habe. Demgegenüber gelingt es dem Vf. auf der Grundlage einer ausführlichen Überlieferung, die aber in Akten versteckt blieb, die scheinbar nur den Folgezeitraum der Weimarer Republik behandelten, die Vielfalt der kulturpolitischen Bemühungen zu rekonstruieren. Er setzt ein mit der Analyse der Veränderungen im wissenschaftlichen Weltbild, in dem – parallel zur Idée der Weltpolitik, wie sie nach 1897 die deutsche Außenpolitik zu bestimmen begann – das Ausland und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nun anerkannte Gegenstände der Forschung wurden und eruiert die Geographie des Interesses im Fernen Osten, im Nahen Orient und in Südamerika anhand der ersten Auslandsvereine und der De-